

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Eidgenössische Wahlen
Akteure	Basel-Landschaft
Prozesstypen	Parteichronik
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Gilg, Peter

Bevorzugte Zitierweise

Gilg, Peter 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Eidgenössische Wahlen, Parteichronik, Basel-Landschaft, 1986*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.12.1986
PETER GILG

Die Freisinnig-demokratische Partei (FDP), die in den Nationalratswahlen von 1983 (vgl. auch hier) zur stärksten Landespartei aufgestiegen war, **blieb von Abbröckelungserscheinungen nicht verschont**. Die Fortsetzung der Reihe von kantonalen und kommunalen Wahlmisserfolgen, die im Herbst 1985 in der Westschweiz begonnen hatte (vgl. auch hier), gab zur Deutung Anlass, dass der Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» seine Wirkung verloren habe, ja bei einem Teil der Wähler zur Belastung geworden sei. Parteipräsident B. Hunziker plädierte denn auch für eine Öffnung der Partei gegenüber neuen Problemen und distanzierte sich von einer konservativen Haltung; vor allem aber wiederholte er seinen Ruf nach vermehrter innerer Geschlossenheit. Als einen Problembereich, mit dem sich die Politik nunmehr zu befassen habe, signalisierte die FDP die neuen Technologien, denen sie eine ausserordentliche Delegiertenversammlung widmete. Die von dieser verabschiedeten Postulate betonten vor allem die Aufgabe des Staates, im Bildungswesen aller Stufen Voraussetzungen für den technologischen Fortschritt zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Im übrigen solle sich der Staat auf die Gewährleistung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beschränken, Monopolstellungen bei Regiebetrieben abbauen sowie rechtliche und administrative Hemmnisse reduzieren; vor einer direkten staatlichen Technologieförderung wurde eher gewarnt. Von einer Verstärkung des umweltpolitischen Interesses in der FDP – zumal vor einem eidgenössischen Wahljahr – zeugte ein entsprechendes Manifest, das die Herbst-Delegiertenversammlung freilich erst teilweise genehmigte; die brisanten Postulate wurden noch einer parteiinternen Vernehmlassung unterstellt. Mindestens im Grundsatz fanden immerhin Lenkungsabgaben zur Schonung knapper Umweltgüter Zustimmung. Weitere Thesen und Grundlagenpapiere veröffentlichten Partei oder Fraktion zum Asylrecht, zur Finanz- und zur Energiepolitik. Auf kantonaler Ebene hatte die FDP namentlich in Genf und Baselland sowie in der Stadt Zürich mit inneren Spannungen zu schaffen.¹

1) Arigoni und Urjo (1986). Aspects de la régionalisation du Parti Libéral-Radical du Tessin.; NZZ, 7.1., 9.1. und 27.9.86; Ww, 9.1.86; 24 Heures, 30.1.86; LM, 19.2.86; L'Hebdo, 27.2.86; TA, 28.2., 13.3. und 9.5.86; Sonntags-Blick, 16.3.86; Presse vom 21.4., 25.8. und 27.10.86; JdG, 1.7.86; SZ, 22.7.86; Suisse, 27.8.86; SGT, 29.10.86; BaZ, 29.11., 3.12. und 5.12.86; SJPW, 26/1986, S. 107 ff.; Politische Rundschau, 65/1986, 66/1986 und 66/1987; Der Freisinn, 1986, Nr. 6.